

Der Halle vierteljährlich bei postmöglicher Anweisung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., enthält Anzeigengeld...

Alle unvollständigen Einzahlungen sind keine Gewähr übernommen. Stadtrat nur mit Quellenangabe...

Verantwortlicher der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Annoncen-Abteilung Nr. 1153.

Saale-Beitung.

Ziehungsbilanzierter Jahrgang.

werden die Gekaufene Kolonienhalle oder besser Raum mit 20 Bq. Fläche aus Halle mit 20 Bq. berechnet und in unvoren Anmahnenellen und allen Anzeigen-Expositionen angenommen...

Ercheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal

Redaktion und Druck-Verlag: Halle, Gr. Braunschweig 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Bestellungen auf die „Saale-Zeitung“ werden ungesetzt von allen Postanstalten und unseren Expeditionen angenommen. Der Verlag.

Generalsturm auf Skutari.

Die Hoffnungen Montenegros.

Podgoriza, 12. März. Der Generalsturm auf Skutari wird stündlich erwartet. Die schwere Artillerie der angreifenden Montenegriner hat das Feuer bereits eröffnet.

In den Schanzgräben vor Tarabosch stehen 20 000 Mann, vor dem Bardajol 10 000 Mann. In Durazzo ist eine serbische Division mit 36 Feldgeschützen und 14 Haubitzen auf einem griechischen Dampfer angekommen...

Die Montenegriner, die im Balkankriege als erste ins Feuer geschickt wurden, haben sich vor Skutari wieder begünstigt bewährt. Die Nachrichten von abgeklärten Kanen und Ohren sind nur Märchen, die leider zu leicht Glauben gefunden haben.

Die Frage, ob Skutari mit dem Tarabosch für Montenegro so wichtig ist, wie von montenegrinischer Seite behauptet wird, muß entschieden mit Ja beantwortet werden.

Das Belgrader Blatt „Politika“ meldet, der österreichische Gesandte Upton habe Protest wegen Anwendung serbischer Truppen nach Skutari eingelegt. Er soll verlangt haben, die Regierung möge diese Anordnung widerrufen...

willigen. Außerdem, und dies ist wichtig, hat Montenegro wohl das Recht auf Kriegserklärung seitens der Türkei, denn Montenegro hat der Türkei große Opfer an Gut und Blut gefloht.

Die türkischen Festungen.

Die Sorge um Adrianopel.

Wie schmerzlich für die Türken der Fall Janinas auch ist, das sie für unannehmbar hielten, so drängt die Sorge um Adrianopel doch alle anderen Gedanken zurück. Trotz aller beruhigenden Erklärungen, die amtlich über den Lage Adrianopels verbreitet werden, lassen sich die Leute über deren Ernst nicht täuschen.

Aber eben die Lage in anderem Licht. Sie wünschen, daß nichts unversucht bleibe, wodurch die Stadt gerettet werden könnte. Wie der Generalkommissar Mahmud Scheffer und der Generalkapitän die Lage beurteilen, ist nicht ganz klar.

Die Regierung befindet sich nach wie vor in einer sehr schwierigen Lage. Sie muß auf die Stimmungen im Lande Rücksicht nehmen und will eine neue revolutionäre Bewegung verhüten; aber wie sie sich entscheidet, fordert sie den Widerstand einer der Richtungen heraus.

Die „Wolfsche Ztg.“ erhält aus Wien folgendes Aufsehen erregende Telegramm ihres Korrespondenten: Der Direktor der rumänischen Handelschule in Janina, Diamanti, behauptet, der Festungskommandant Fuad Bey, ein ungemein begabter und legierter Soldat, sei von Etabd Pascha gezwungen worden, die Forts der Stadt zu übergeben.

Das Belgrader Blatt „Politika“ meldet, der österreichische Gesandte Upton habe Protest wegen Anwendung serbischer Truppen nach Skutari eingelegt. Er soll verlangt haben, die Regierung möge diese Anordnung widerrufen...

Deutsches Reich.

Die einmalige Abgabe von Vermögen.

In Berliner Bankkreisen will man wissen, daß die einmalige Abgabe von Vermögen, die auf mehrere Jahre verteilt werden wird, 0,6 Prozent, ohne Staffelung festgesetzt wird. Befreit von der Abgabe sollen die kleinen Vermögen von 6000 bis 10 000 Mark sein.

Verklärung unserer Luftflotte.

In dem Nachtragsetzt für die Luftflotte, in dem über 20 Millionen für Zwecke der Militärflottenbeschaffung angefordert werden, dürfen die die „Wolfs-Ztg.“ nicht Forderungen für eine bestimmte Zeit von Luftschiffen und Flugzeugen enthalten sein, sondern eine allumfassende gehalten werden.

Summe, die es der Heeresverwaltung überläßt, die Mittel zum Bau von Luftschiffen und des gesamten Zubehörtes (Hallen, Gaswerke usw.), sowie für Flugzeuge und sonstige Bedürfnisse zu verwenden. Eine Erhöhung des Mannschaftsbestandes der Luftschiffbataillone usw. ist in dem Nachtragsetzt nicht enthalten, da hierfür in der neuen Militärvorlage entsprechende Mittel eingestellt sind.

Die Land'arwahl in Telkow-Beesow.

Die Sozialdemokraten als Retter der Konservativen.

Die Sozialdemokraten haben bei der Landtagswahl in Telkow-Beesow an Stelle des verstorbenen Konservativen Abg. Felisch den Konservativen, denen im ganzen nur sieben Mandate an der absoluten Mehrheit im Abgeordnetenhaus fehlen, ein Mandat gerettet.

Bei der Landtagswahl in Telkow-Beesow-Strom-Wilmersdorf wurde, wie wir schon berichteten, der konservative Eisenbahnleiter Hasehoff mit 612 gegen 455 Stimmen, die auf den fortschrittlichen Farrer Traub fielen, im ersten Wahlgang gewählt.

Damals enthielten sich die Sozialdemokraten in der Stichwahl der Abstimmung, weil ihr Anspruch auf das zweite Mandat des Wahlkreises - schon allein infolge der absehbaren Haltung der Nationalliberalen - nicht erfüllt wurde. Auch für die jetzige Landtagswahl haben die Sozialdemokraten ihr Fernbleiben damit begründet, daß ihnen feinerlei Gegenleistung gewährt worden sei.

„Das Wagnis von 1813“.

„Das Wagnis von 1813“ hat in einem Artikel über „Das Wagnis von 1813“ hat Dr. Kaumann in der neuen Nummer der „Silber“ für nicht, sich nicht nur mit dem kleinen Kreise unvergeßlicher Felder zu beschäftigen, von denen die Befreiung ausging, sondern die Lage von ganz Deutschland ins Auge zu fassen, weil man sonst leicht ungerathen gegen diejenigen werde, die nicht sofort mit Nord, Stein, Scharnhorst und Blücher gingen.

für die Seiffen eine Geschenkwaare bestellend, wonach die bei der letzten Beschäftigungsform in den verschiedenen getretenen Staatsbeamten und Lehrer und ihre Hinterbliebenen, sowie die Hinterbliebenen der vorher getragenen Beamten und Lehrer ein Zutritt zur Pension beziehungsweise zum Witwen- und Waisenlohn in Form eines bestimmten Prozentsatzes gewährt wird. Durch einen Zusatz von dem Nationalkommissionar wird die Durchsicht dieser Beschlüsse auf eine andere feste Grundlage zugleichen.

In dieser Abänderung wird die erwähnte gemeinsame Antrag angenommen, zusammen mit einem von den Konzeptionsstellen Antrag, wonach die Zulagenungen auf einen geringeren Betrag als 100 Mk. nicht bemessen werden dürfen. So abgeändert, wird die Resolution der Subkommission angenommen.

Weitere Anträge der Volkspartei und des Zentrums fordern günstiger fester Vergütungen an inländische Beamtenfamilien die Verringerung der Remunerationen. Das Zentrum beantragt weiter Erziehungsbeihilfen für Waise, die Konzeptionsstellen Zulagenzulagen an inländische Niederbeamte.

Finanzminister Dr. Lentze teilt die Anträge mit, die betreffen eine Abänderung der bestehenden Besoldungsordnung, und dem kann die Regierung unmöglich folgen. Aus Zulagenzulagen werden immer dauernde Zulagen. In inländische Familien besondere Zulagen zu geben, ist ein ganz neuer Gedanke, der eine sorgfältige Prüfung erfordert; diese wird aber längere Zeit in Anspruch nehmen und vorher können wir uns auf diese Grundlage nicht stellen.

Auf Antrag der Konzeptionsstellen wird die Verhandlung, die man heute hier zu Ende führen, abgebrochen, und das Haus kann diese in der morgigen Sitzung, erst beenden.

Donnerstag 10 Uhr: Beamtenforderungen und Petitionen. Schluß 5 1/2 Uhr.

Herrenhaus.

25. Sitzung, Mittwoch, den 12. März.

Am Ministertisch: Präz. v. Schorlemer.

Das Haus ist fast besetzt.

Die Jahrhundertkundgebung des Herrenhauses.

Präsident von Mebel

Eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Minuten mit folgender Ansprache, die das Haus lebend anhört:

Meine hochgeehrten Herren, ganz Preußen hat vor zwei Tagen in erhebender Weise den Tag gefeiert, wo vor 100 Jahren das preussische Volk an dem Tag seines Königs sich in uns scharte und Gut und Blut, Ehre und Leben und die Nationen und die Welt zu erlösen. Ich glaube, unseren Dank für die Gabe, die damals Preußen besitz, und damit auch die Grundlage für Deutschlands Einigung gelegt haben, heute auszusprechen zu dürfen. Möge es Gott gefallen, Deutschland vor ähnlichen Schicksalen zu bewahren, wie Preußen sie in den Jahren 1806 bis 1816 zu erdulden hatte. Aber ich lehne der Zukunft, daß wenn uns ernie Gefahren bedrohen, wir nicht unter unseren Vorfahren nicht zurückbleiben werden und ebenso freudig Gut und Blut auf dem Altar des Vaterlandes opfern und um unseren Landesherren uns scharen werden, um mit ihm zum Siege zu streben. Dieser Ehrfurcht und dieser Hoffnung laßen Sie uns nicht dadurch Ausmaß geben, indem wir rufen: Seine Majestät, unser König, der deutsche Kaiser, er lebe hoch!

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.

Der Gesandtschaftsbericht betreffend die Verpflichtung zum Besuche des Königs, Oberpräsidenten des Saarländischen und Preussischen von Montauferl eicht das Haus in der üblichen Weise. Dem letzteren widmet der Präsident folgende Worte: Freiherr Otto von Montauferl war 17 Jahre lang erster Vizepräsident und vier Jahre Präsident dieses Hauses. Wir alle sind erfüllt von Dankbarkeit für die Verdienste, die er sich in dieser langen Zeit um unsere Gefährten erworben hat und werden seiner nimmer vergessen. (Beifall.)

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.

Der Gesandtschaftsbericht betreffend die Verpflichtung zum Besuche

ländlicher Fortbildungsjahre

in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen, Schleswig-Holstein, Westfalen sowie in der Rheinprovinz und in den Hohenzollernschen Ländern hat die Kommission in verschiedenen Berichten abgeleitet. Sie beantragt außerdem folgende Resolution:

Die ständige Sehung und Festigung der männlichen schulfähigen Jugend, die durch das vorliegende Gesetz gefördert werden soll, bedingt auch die religiöse Fortbildung in der Konfession der Fortbildungsschulen. Die Staatsregierung wird daher ersucht, die Aufrechterhaltung dieses Aufwandes in einer dem reiferen Alter und den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden Form zur Geltung zu bringen.

Berichterstatter Präz. v. Biffing empfiehlt die Vorlage zur Annahme.

Kardinal Fürstbischof Dr. von Knopp: Der Entwurf berücksichtigt leider nicht die religiöse Fortbildung. Gerade die neuzeitliche Entwicklung der

Verhältnisse weist ganz besonders gefährdend auf die Entwicklung unserer Jugend ein. Schon bei den jüngeren Jahren, welche noch in der Familie leben, droht diese Gefahr, teils infolge der Boderung des Familienlebens, teils durch das abnehmende Verständnis der Eltern für ihre Aufgaben und Pflichten. Wenn dann die jungen Leute in die Fabrik und zur Arbeit kommen, sind sie allen Gefahren für ihr sittliches und religiöses Leben ausgesetzt. Noch schlimmer ist das bei solchen Leuten, die schon frühzeitig aus der Familie ausgeschieden. Durch den Fortbildungsschulunterricht soll auch die Jugendpflege mit gefördert werden. Darum müge man sich daran erinnern, daß die Kirche die erste Jugendpflegerin gewesen ist. Im Staatshaushalt soll jetzt mehr für die Förderung der Vereine, die sich die Jugendpflege zur Aufgabe gemacht haben, eingestellt. Das sollte man auch die städtischen Jugendvereine nicht vergessen.

Die körperliche Erziehung macht es nicht allein, es ist auch eine richtige Lebensführung notwendig, die nur durch den Religionsunterricht erzielt werden kann. Das sollte wir ganz besonders jetzt, wo wir uns in der Erinnerung an die Zeit vor hundert Jahren befinden, bedenken. Gerade die städtische Kraft der Nation war es, die jene großen Taten demochte hat, die wir heute feiern. In wievielen Fällen werden heute die städtischen Kräfte der Jugendlichen nicht ausreichen, um den ihnen drohenden Gefahren zu entgegen. Die gegen meine Forderung geltend gemachten Gesichtspunkte verfallen nicht, wenn die Fortbildungsschulen, wie wir auf die Dauer nicht darum herum, die Fortbildungsschule organisch mit den übrigen Schulen zu verbinden. (Beifall.)

Graf zu Vankau:

Die für Schleswig-Holstein vorgeschlagenen besonderen Befugnisse des Kreisamtschulraths habe ich schon in der Kommission auf die national geführten Zeitungen aufmerksam gemacht. Man stelle doch nicht die ganze Provinz als national gefährdet hin und greife nicht ohne Not in die Rechte der Gemeinden ein. Würde meinem Antrage entsprochen werden sein, so wäre die Vorlage doch immer kein Pamphlet geworden.

Oberbürgermeister D. Dr. Brandt:

Wir sind uns wohl darüber einig, daß die Fortbildungsschulen nicht nur technischer Kenntnisse vermitteln sollen, sondern daß sie den jungen Menschen auch zu einer sittlichen Ausbildung und Charakterfestigung verhelfen sollen. Die Frage ist nur, wie man diesen Zweck erreicht. Einen obligatorischen Religionsunterricht halte ich nicht für das richtige Mittel; denn eine innere Weeinführung des Menschen kann nur in der Herzensglaubenslehre geschehen. Alle Lehren und ewangelischen Glaubenslehren haben den obligatorischen Unterricht zurückgewiesen. Es gibt einen anderen Weg, um ohne Religionsunterricht den ganzen Schulbetrieb von innerlichem, religiösem, sittlichem, geistlichem Geist zu erfüllen. Das kann überall im Unterricht, in allen Fächern, geschehen. Denn das Interesse der jungen Leute in dem Fortbildungsschulunterricht geht nicht so sehr auf allgemein-religiöse Dinge als auf angewandte Religion und praktische Ethik. Ein solcher Weg, um den ganzen Schulbetrieb durchdringen, das kommt alles auf die Persönlichkeit des Lehrers an. Man sollte in dem Vorhaben der Fortbildungsschulen auch die Geistlichen vertreten sein lassen.

Landrathschaffsminister Freiherr v. Schorlemer:

Ich bin den Vordemern dankbar, daß sie vom Standpunkt der evangelischen und katholischen Kirche her die Bedeutung der religiösen Unterweisung für die heranwachsende Jugend hervorgehoben. Ich muß aber wiederholt erklären, daß die Regierung nicht in der Lage ist, einen Zwang zum Besuch des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen vorzuschlagen. Sie wird aber gern die Hand dazu bieten, die Erteilung des Religionsunterrichts im Anschluß an den Fortbildungsschulunterricht ermöglicht, indem der Verein Schleswig-Holstein wird die Fortbildungsschule auch in den Dienst nationaler Interessen gestellt werden.

General-Feldmarschall Graf Daele:

beantragt wöchentlich eine Stunde des Unterrichts für Übungen in Gelände an die Verdener.

General v. Vexler:

bittet hierfür einen vollen Nachmittag in jedem Monat des Sommerhalbjahres zur Verfügung zu stellen.

Minister Präz. v. Schorlemer:

Es entspricht durchaus der Pflicht der Regierung, in den städtischen Fortbildungsschulen auch den vaterländischen Geist und die körperliche Ausbildung zu fördern. Aber einen Zwang hierfür in das Gesetz einzufügen, widerspricht der ganzen Struktur des Gesetzes.

Die Anträge werden abgelehnt.

Kardinal Dr. v. Knopp:

bittet um Wiederherstellung der Fassung der Regierungsvorlage in dem Punkte, daß an Sonntagen Unterricht nicht erteilt werden darf. Die Kommission hat hier die Worte „in der Regel“ eingefügt. Der Antrag wird abgelehnt und die Vorlage in der Fassung der Kommission nebst der Resolution angenommen.

Es folgt die Beratung über den vom Abgeordnetenhaus unter Abänderung der Regierungsvorlage angenommenen Gesetzentwurf betreffend

Das Schlepplomonopol

auf dem Rhein—Wefer-Banal und dem Bippelanal. Die Herren-Kommission beantragt die unveränderte Annahme der Vorlage und folgender Resolutionen:

1. Die Staatsregierung zu ersuchen: Kanalabgaben und Schlepplöhne zu bemessen, daß ein Anreiz zur Verbauung der Kanäle und dem bleibt, wenn für den Transport zum Schiffe und zum Schiffe eine mäßige Eisenbahnfahrtschuld aufgeworfen ist, über die Grundzüge von Abgabenarten und die Verteilung der geeigneten Verteilungen, Kanäle und des Schiffahrtsgesetzes zu hören und mit deren Neugestaltung und Schlepplöhne den Wasserfahrtsbehörden und Finanzbehörden vorzulegen, — nach Verlauf der zwei ersten Betriebsjahre erneut eine Begutachtung durch die erwähnten Vertretungen herbeizuführen;

2. Die königliche Staatsregierung im Hinblick darauf, daß der Verholerleber zwischen verschiedenen Oasenanlagen desselben Unternehmers, namentlich der Städte Hannover und Minden, dem Schlepplomonopol unterworfen ist, zu erlauben, daß auf die daraus sich ergebenden Schäden bei der Tarifierung der Schlepplöhne für den Verholerleber zwischen solchen Oasen Rücksicht zu nehmen ist.

Präsident, Herr Graf v. Seibitz-Bandrecht gibt einen Rückblick über die lange Vorgeschichte des Gesetzentwurfes.

Oberbürgermeister Halle-Essen:

Die elektrische Freiheit ist zwar nicht unbedingt die Grundlage des Schlepplomonopols, aber 1905 hat man nur an sie gedacht. Angewandt hat die Regierung Schlepplöhne als zweckmäßiger erkannt. Verlangt man aber, daß Dampf mit eigenen Motoren sich vom Schlepplöhne müssen lassen, wird das Schlepplomonopol zum Verkehrsbehinderung. Der Antrag ist eine Revision der Schlepplöhne, die Schlepplöhne auf Schlepplöhne zugest. Aber auch das gestaltet einem Teil meiner Freunde die Zustimmung zur Vorlage nicht. Wir müssen doch die Gesetze so gestalten, daß sie den Bedürfnissen des Wirtschaftlebens entsprechen. Inwiefern kann man sagen, Kompromisse wie das von 1905 dürfen überhaupt nicht gemacht werden.

Oberbürgermeister Dr. Gieshoff-Dormund:

Auf die bauerne Freilassung des Dormund-Ems-Kanals vom Schlepplomonopol wage ich nach den Beschüssen des anderen Hauses kaum noch zu hoffen. Sicher würde aber diese Freilassung niemanden schaden. Nachteile werden nur bemerken, wenn der Eigentümer des Dormund-Ems-Kanals vom Schlepplomonopol freigelassen wird.

Minister v. Breitenbach:

Mein Gesetz hatte so sehr den Charakter des Kompromisses, welches wie die wasserwirtschaftliche Vorlage von 1905, wir müssen an unserem Kompromiß festhalten. Auch ein staatlicher Schlepplöhne kann zu erfreulichen Ergebnissen führen. Ist die Übergangszeit vorbei, so wird sich der staatliche Schlepplöhne dem privaten zum mindesten ebenbürtig erweisen. Beim Kompromiß von 1905 hat man keine Rücksicht auf die elektrische Freiheit gehabt. Der Staat unterwirft demnach in der letzte Ausläufer der großen wasserwirtschaftlichen Vorlage, Stimmen die der Vorlage auf.

Herr v. Salm-Ostfriesland:

In alle Rechte soll man nicht eingreifen — das war schon der Standpunkt des Ministers v. Bude. Deshalb ist es unbillig, den Dormund-Ems-Kanal jetzt mit dem Schlepplomonopol zu belegen.

Graf v. Behr-Vorshoff:

Was man, das hat sich seit 1905 die wirtschaftlichen Verhältnisse verschoben haben, so muß man auch Rechnung tragen. Eine solche Veränderung ist indes nicht eingetreten. Wenn wir den Abgeordnetenhausbeschluß gutheissen, so kommen wir den von den Aufstellungen schon weit entgegen, denn wir entfernen uns schon etwas von den 1905er Beschüssen. Halten wir am Schlepplomonopol fest.

Dr. Präz. v. Landsberg-Steinfurt:

Auch ich halte die Ausdehnung des Schlepplomonopols auf den Dormund-Ems-Kanal für nachteilig.

Oberbürgermeister Dr. Gieshoff:

Der private Schlepplöhne wird vom staatlichen nicht ersetzt, geschweige denn übertrifft werden.

Finanzminister v. Breitenbach:

Wenn die Regierung ein so kostspieliges Werk wie die Kanäle geschaffen hat, wird sie auch schon dafür sorgen, daß nicht durch unangemessene Zölle die Benutzung unmöglich gemacht wird. Den Dormund-Ems-Kanal können wir nicht von dem staatlichen Schlepplöhne ausnehmen. Daß die Einführung des staatlichen Schlepplöhne eine Schwächung des Verkehrs bedeutet, ist in seiner Weise nachgewiesen.

Die Generalabstimmung schließt. Nach kurzer Spezialdebatte wird die Vorlage unverbändert, ebenso die Resolution der Kommission angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 11 Uhr: Kleine Vorlagen und Petitionen. Schluß 5 1/2 Uhr.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., den 13. März.

Fülle in Halle. Am Mittwoch füllte der russische Flieger Zirkus auf dem Beolener Erzerplatz zwei kleinere Flüge aus, die nach kurzer Zeit abgedröhen wurden, weil der Motor nicht zur Zufriedenheit des Fliegers arbeitete.

In dem Seminar des Diakonissenhauses zur Ausbildung von Kleinkinderlehrerinnen fand am Dienstag und Mittwoch dieser Woche das Examen der drei dazu gewählten Prüfungskommissionen statt. An dem Examen beteiligten sich 9 Schülerinnen, von denen 6 von der Anzahl das Zeugnis einer Kleinkinderlehrerin für Kleinkinder- und Familien erholten, und zwar Fräulein Käthe Pfaffhufen und Olga Hübner aus Halle, Gertrud Kummeler aus Braunschweig, Helene Dertel und Margarete Carlows aus Adelsberg, Gertrud, Christine Strümpf aus Esch bei Jeltz. 3 Schülerinnen werden das Zeugnis nach 1 1/2-jähriger praktischer Tätigkeit erhalten. In dem Anfang April beginnenden neuen Kursus, an dem jungen Mädchen im Alter von 16 Jahren ab teilnehmen können, werden noch Annahmen angenommen. Auskunft und Prospekt wird im Seminar, August 37, erteilt.

Der Verein ehem. Infanteristen zu Halle a. S. und Umgebung hält heute (Donnerstag) abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal „Augustinerbräu“, Mittelstraße, seine Generalversammlung ab. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Herr Enders, 2. Kassierer Herr Reinold, 1. Schriftführer Herr Wiedemann, 2. Sekretär Herr Herr Jentsch, Kassierer Herr Wiedemann. Als Vertreter der Herren Jentsch, Reinmann und Enders. Am den Kameraden der übrigen sächsischen Infanterieregimenter

Gelegenheit zu geben, einen Hülfsverein betreten zu können, wurde beschlossen, den Namen des Vereins abzuändern. Der Verein führt von jetzt ab die Bezeichnung: „Verein ehemaliger sächs. Infanteristen für Halle und Umg.“ Statutengemäß können auch Kameraden der anderen Infanterieregimenter, für welche ein Regimentsverein am Orte nicht besteht, als Gastsmitglieder Aufnahme finden.

Der deutsche Lehrverein, Ortsgruppe Halle, hat am Freitag abends 8 Uhr im Thaliaaal eine Feier zum Gedächtnis an den Aufzug „An mein Volk“ unter Mitwirkung des Lehrereingangsvereins Halle. Herr Oberstleutnant a. D. Führer aus Riela führte über Frankreichs Küstung (mit Lichtbildern, größtenteils eigener Aufnahme). Der Vortragende des D. W. B., Generalmajor a. D. Reim hat eine Ansprache. Wie vaterländische Gefühnten, auch Frauen, wird willkommen. Der Eintritt ist frei.

Provinzial-Nachrichten.

Delau, 12. März. (Die Jahrhundertfeier) der Gemeinde Delau fand am Sonnabend im Langgassen Lokale in der Form eines Kommerzes statt. Alle nationalen Vereine nahmen daran teil, sowie zahlreiche Frauen und die Jugend. Herr Direktor Nietzmann leitete den Kommerz und brachte das Kaiserhuld aus. Herr Rektor Hübner sprach über den „Aufzug an mein Volk“ und beehrte die stiftliche und religiöse Erneuerung als die Quelle der Kraft, aus der die Erneuerung des Staatswesens und die Heilstaten der Befreiungskriege hervorgehen. Herr Lehrer Erdmenger sprach mit Beifall über die Begründung und Taten der Landwehr, Herr Wörning feierte die Veteranen, Herr Brauer das deutsche Heer, Herr Dam die Königliche Luise als Vorbild der deutschen Frau. Frau Gm. Sells, Frä. Stögen und die Dolauer „Wiederholer“ hatten den gefälligen Teil übernommen und führten ihn in vorzüglicher Form durch. Daneben sorgten allgemeine Gefänge für angenehme Abwechslung. (Ammerndorf, 12. März. (Gemeindevertreter-Versammlung.) Der Gemeindehaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1913/14 wurde genehmigt. Die Kanalbenutzungsgebühren werden

von 4 auf 3 Proz. ermäßigt. Mit der Wirkung neuer Bureauverträge für die Gemeindeverwaltung im Neubau Bahnhofstraße 2 ist die Verfassung einverstanden. Die jährliche Miete beträgt 800 Mark. Als Wahlmann zur Gemeindefestversammlung für Land- und Forstwirtschaft wurde einstimmig Herr Gustav Engel gewählt. Von einer Forderung des Blumenkühns an den Häusern wird seitens der Gemeinde vorläufig Abstand genommen, doch hat man nichts dagegen einzuwenden, wenn die Verleumdungsaktion bei der Freireueitlung mitwirkt. Mit der Einrichtung von Haushaltungsstellen für Schulkindergärten ist die Verfassung einverstanden, unter der Voraussetzung, daß der Staat die Hälfte zu den Einrichtungs- und Unterhaltungskosten zahlt. Die Freiwilligen Teilnahme an dem Abendkursus im Schulhaus betrug 35 Personen, gemeldet, darunter 14 in gewöhnlichen Betrieben Beschäftigte und 7 Ehefrauen; für den Kochkursus sind 13 Anmeldungen erfolgt. Die Kosten werden durch das Auslagende nicht gedeckt. Für die Dauer eines halben Jahres erfordern die Schneiderei einen Gesamtaufschlag von 140 Mark, der Kochkursus einen solchen von 230 Mark. Der Kochpreis wird von 1 Mark auf 1,10 Mark pro Portion erhöht.

Zappendorf, 11. März. (Hundertjahrfeier.) Am letzten Sonntag beging die Ritzgervereine Zappendorf, Wäldersdorf, Bentendorfs-Gemeinschaft die hundertjährige Geburtsstagesfeier der Erhebung Preußens und Gründung der Landwehr. Vornmittags fand unter harter Beteiligung ein allgemeiner Kirchgang statt. Nach beendigt Gottesdienst nahmen die Ritzgervereine mit ihren 3 Fahnen Katastrophentzug. Im schiff besterzeiten konnte der Herr Henze-Zappendorf begann abends 1/2 Uhr die Festfeier. Schon lange vor Beginn derselben war der Saal bis zum letzten Platz gefüllt. Herr Oberstleutnant a. D. Steinboff, Zappendorf, welcher den Vortritt hatte, brachte nach vorausgegangenem besterzeiten Begrüßungsansprache das Kaiserhuld aus. Darauf folgten Prologe, die Herren Hübner und Herrn Wiedemann, Wolf-Zappendorf gesprochen wurden. Herr Oberstleutnant a. D. Steinboff sprach nach über die Entstehung der Landwehr und schloß mit einem Hoch auf die Landwehr. Herr Pastor G. Günther-Wäldersdorf sprach in zündenden Worten über Preußens Erhebung; Herr Lehrer M. G. Wäldersdorf über

